

wort der Verwaltung zu TOP 2.1 deutlich geworden, dass der BLB noch keine Entscheidungen zur Nutzung ihrer Grundstücke getroffen habe. Er halte es an dieser Stelle für kontraproduktiv, derartige Forderungen wie von Herrn Müller formuliert, festschreiben zu wollen.

Vorsitzender Klipper kann sich vorstellen, die Forderung nach einem Beteiligungsverfahren aufzunehmen, weil auch er hierauf hohe Priorität lege; die zweite Ergänzung lehne er hingegen ab.

Herr Wevering (Amt für Städtentwicklung und Statistik) führt aus, die Vorlage zielen darauf ab, eine ganze Reihe von Maßnahmen zu fördern, die in der Begründung sicherlich nicht abschließend aufgeführt seien. Zur Bürgerbeteiligung an der Sanierungsplanung als Ganzes seien in Köln bisher Sanierungsbeiräte eingerichtet worden, die das gesamte Verfahren begleiten. Für Projektentwicklungen und Einzelmaßnahmen im Sanierungsgebiet seien darüber hinaus diesbezügliche angemessene und ergänzende Beteiligungsformen erforderlich und beabsichtigt.

RM Moritz stellt klar, heute gehe es ausschließlich um den Beschluss über die Sanierungssatzung als Instrument. Dem könne man uneingeschränkt zustimmen. Bei allem Verständnis für die Forderung des Herrn Müller, die Ansiedlung des Justizzentrums verhindern zu wollen, sei sie aber davon überzeugt, dass eine derartige Aufnahme in der Begründung nicht zielführend sei. Dies bedürfe anderer Maßnahmen.

SE Müller führt aus, seine Anregung zielen darauf ab, dass sich die Verwaltung deutlicher als bisher gegenüber dem Land positioniere und ihre defensive Stellung aufgeben.

Vorsitzender Klipper teilt die Einschätzung von Frau Moritz. Die Verwaltung bittet er jedoch in Bezug auf das Beteiligungsverfahren, dies nicht ausschließlich den Sanierungsbeiräten zu überlassen, sondern modernere Formen der Bürgerbeteiligung anzuwenden. Dies möge zu Protokoll genommen, aber nicht in den Beschlusstext einfließen. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss mit dieser Anmerkung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit dem Protokollauszug in die Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen und Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.